

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 541.11 / 05.10.2011

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 45 – Integriertes Energie- und Klimakonzept

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

Im Ankündigen stark, im Umsetzen schwach

Wir begrüßen, dass die Landesregierung die Energiewende will und die Ziele des Klimaschutzes der EU und der Bundesregierung teilt. Schleswig-Holstein liegt in den Zahlen weit besser als der Bundesdurchschnitt. Beim Vergleich der Pro-Kopf-Emissionen liegt Schleswig-Holstein im Jahr 2008 mit 6,9 Tonnen um 31 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 10,1 Tonnen.

Das liegt im Wesentlichen an der Stromerzeugung. Der hohe Anteil Atomstrom wurde sukzessive durch Erneuerbare ersetzt. Dieser Trend soll und wird sich fortsetzen. Schleswig-Holstein soll, kann und wird, wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt, bis zu 10 Prozent des nationalen Bruttostromverbrauchs aus Erneuerbaren erzeugen. Das heißt, wir können ein Vielfaches dessen erzeugen, was wir verbrauchen. Das ist eine enorme Chance für unser Land.

Die Landesregierung bleibt aber weiterhin widersprüchlich beim Thema Neubau von Kohlekraftwerken. Minister de Jager hat es jüngst bei den Brunsbütteler Industriegesprächen wiederholt: Die Landesregierung unterstützt den Neubau von Kohlestromgiganten an der Elbe in Brunsbüttel.

Im Bericht steht nur etwas verschämt, dass zur Netzstabilität hocheffiziente Kohle- und Gaskraftwerke benötigt werden. Warum macht die Landesregierung so einen deutlich versteckten Bogen um das Thema Kohleverstromung?

Weil es völlig klar ist: Wenn neue Kohlekraftwerke gebaut werden, führt das zu einer Vervielfachung der CO₂-Emissionen in Schleswig-Holstein. Oder um es auf Deutsch

und deutlich zu sagen: Sie können diesen Klimaschutzbericht in die Tonne treten, Herr de Jager.

Wenn Sie uns manchmal als die Dagegenpartei titulieren, dann gilt für die CDU der Titel „Ich will Alles“. Wer es aber will, was in diesem Bericht gefordert wird, nämlich Klimaschutz, der darf keine Kohlekraftwerke bauen. Ich will alles, Klimaschutz und Kohle, das geht nicht. Darum sind wir dagegen, gegen neue Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein, weil wir eine klare Strategie in der Energiepolitik verfolgen, im Klimaschutz. Wir haben einen Plan, den wir beharrlich verfolgen, an dem wir feilen, auch mal was ändern auf unserem Kurs für nachhaltiges Wirtschaften, für Erneuerbare, für Effizienz und Einsparung.

Für uns ist klar, die Brücke hin zu 100 Prozent Erneuerbaren Strom und Wärme sind GuD-Kraftwerke, also Gas- und Dampfturbinen in Kraft-Wärme-Kopplung und einem elektrischen Wirkungsgrad von über 58 Prozent.

Die Landesregierung setzt weiter auf das Interesse der Firma SWS in Brunsbüttel ein hocheffizientes Steinkohlekraftwerk zu errichten, das „aus wirtschafts-, regional- und energiepolitischen Gründen Vorteile verspricht“, so die Landesregierung im Originalton. Was sollen das denn für Vorteile sein und für wen? Da das neue Kohlekraftwerk CCS-ready sein soll, stellt sich auch die Frage wohin mit dem CO₂? Das will die Landesregierung nicht in die Erde von Schleswig-Holstein verpressen lassen. Aber wohin denn dann? Unter den Meeresboden der Nordsee in der Ausschließlichen Wirtschaftszone oder mit einer Pipeline nach Brandenburg? Dazu fehlen klare Aussagen der Landesregierung.

Die Landesregierung nimmt auch den Wärmesektor in den Focus. Allerdings ist sie nicht bereit, über ein Erneuerbares Wärmegesetz für den Gebäudebestand nachzudenken. Für den Wohnungsneubau gibt es ein Bundesgesetz zur Erneuerbaren Wärme, die Länder können eigene Regelungen für den Gebäudebestand beschließen. Baden-Württemberg hat noch unter Schwarz-Gelb ein Erneuerbares Wärmegesetz auf den Weg gebracht. Die neue grün-rote Landesregierung hat die Wirkung des Gesetzes evaluiert. Die Überprüfung kommt zu positiven Resultaten für den Klimaschutz. Verbesserungswürdig ist die Information der Bevölkerung und die Kontrolle des Gesetzes.

Neben dem Netzausbau kommt der Speichertechnik von Wind- und Solarstrom eine erhebliche Bedeutung zu. Wir unterstützen den Vorschlag des Bürgermeisters von Quarnbek, den Aushub beim Ausbau des NOK zu nutzen, um ein Pumpspeicherkraftwerk zu errichten. Es gibt viele guten Ideen im Land, wir müssen sie umsetzen!

Der Bericht der Landesregierung strotzt mit veralteten Zahlen, weil die Netzbetreiber ihre aktuellen Zahlen nicht rausrücken. Der Teil Selbstverpflichtung ist ambitioniert. Aber es bleibt bei Ankündigungen. Es hätte bis heute auch umgesetzt werden müssen. Der Satz im Bericht „Die Energiekosten drohen die Handlungsfähigkeit aller Landesinstitutionen einzuschränken. Zudem wird das im Klimaschutzbericht 2009 formulierte Ziel der Landesregierung einer Minderung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen um

40 Prozent bei Trendfortschreibung deutlich verfehlt“ spricht Bände. Im Ankündigen stark, im Umsetzen schwach. Das ist das Fazit ihrer Klimaschutzpolitik für unser Schleswig-Holstein.
